

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Pöten, Krefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Telefon: 4492.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4023.



## Eine Kriegstagung

(außerordentliche Generalversammlung) des Verbandes soll etwa am 1. und 2. September d. J. in Düsseldorf stattfinden. Das ist der vorläufige Plan des Zentralvorstandes, der im einzelnen noch vom Verbandsausschuß in gemeinsamer Beratung mit dem Zentralvorstand vereinbart und festgelegt werden wird. Den Kriegsverhältnissen Rechnung tragend, ist in Aussicht genommen, zu dieser Tagung neben dem Zentralvorstand, dem Verbandsausschuß und den Bezirksleitern auch gewählte Delegierte aus dem Kreise der Verbandsmitglieder heranzuziehen — indessen soll die Zahl der Delegierten eine beschränkte sein (etwa auf je 1000 Mitglieder ein Mandat entfallen). Es ist beabsichtigt, größere Wahlbezirke zu bilden, die sich mit den Verbandsbezirken decken.

Als Zeitpunkt der Tagung ist der Spätsommer deshalb in Aussicht genommen, weil vermutlich bis dahin die gesamte Kriegs- und Wirtschaftslage besser zu übersehen sein wird.

Als Verhandlungsgegenstände kommen vor allem in Betracht:

1. Geschäfts- und Passenbericht mit Berichterstattung über die Leistungen des Verbandes während der Kriegszeit;
2. die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und unserer Industrie im besonderen;
3. Beitrags- und Unterstützungsweisen im Verbands;
4. Vornahme der erforderlichen Wahlen.

Wir bitten unsere Verbandskollegen und -Kolleginnen in Konferenzen, Versammlungen und durch Zuschriften an das Verbandsorgan zu dieser „Kriegstagung“ Stellung zu nehmen und Anregungen zu geben.

Der Zentralvorstand.

J. A.: C. M. Schiffer, Vorsitzender.

## Für's gleiche Wahlrecht in Preußen!

Die christlichen Gewerkschaften befassen sich grundsätzlich nicht mit hochpolitischen oder parteipolitischen Fragen. Indessen haben sie die selbstverständliche Aufgabe, Arbeiterpolitik zu treiben; dazu gehört die Arbeiter-Sozialpolitik in weiterem Umfange und der Kampf um die Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Bei der innerpolitischen Neuordnung und der Wahlrechtsreform in Preußen aber handelt es sich um Angelegenheiten von fundamentaler Bedeutung für die Arbeiterschaft. Denn erst dann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen sind, kann der Kampf um die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes erfolgreich geführt, kann eine durchgreifende Sozialpolitik getrieben und realisiert werden. Die Frage des preussischen Wahlrechts ist

1. eine eminent deutsche Angelegenheit. Es wäre falsch, wollten die Arbeiter der übrigen deutschen Bundesstaaten sich hier „das interessiert“ beiseite stellen und ungerne ist es, wenn beispielsweise den Württembergern und Badenern entgegengehalten wird, sie hätten sich um diese „lediglich preussische“ Sache nicht zu kümmern, denn die

Preußen redeten den „Schwaben“ auch nicht in ihr Wahlrecht hinein. So schematisch kam man die Sache nicht abtun.

Die Stellung des preussischen Staates im deutschen Reichsstaatenbund ist eine besondere, eine bevorzugte. Preußen ist nicht nur der größte Bundesstaat, sondern auch der führende, der tonangebende. Preußens König ist gleichzeitig deutscher Kaiser, der preussische Ministerpräsident ist gleichzeitig Reichskanzler. Auch bei der Vorberatung bzw. dem Erlaß von Reichsgesetzen tritt die Vormachtstellung Preußens klar zutage. In einzelnen Fällen können die Vertreter irgend eines oder mehrerer kleinerer Bundesstaaten im Bundesrat ruhig mit ihren Bedenken „opponieren“, die Mehrheit setzt sich dennoch durch — wenn die preussischen Stimmen dabei sind. Im Widerstande Preußens scheitert dagegen alles, ohne die Zustimmung Preußens geschieht nichts bei den „verbündeten Regierungen“. Ja noch mehr! Die Reichsgesetzesentwürfe werden regelmäßig in den preussischen Ministerien vorberaten und erst dann gelangen sie — nicht selten in ganz veränderter Gestalt — an den Bundesrat.

Der gleiche besondere Einfluß Preußens zeigt sich auch bei der Durchführung der Reichsgesetze. Bekanntlich hat das Reich keine eigenen innerstaatlichen Organe, die Ausführung und Handhabung der Reichsgesetze erfolgt vielmehr durch die Verwaltungsbeamten der einzelnen Bundesstaaten. Sehr oft erlassen die Einzelstaaten besondere Ausführungsbestimmungen und in solchen Fällen ist regelmäßig die Tatsache festzustellen, daß zuerst Preußen damit auf den Plan tritt und die anderen Staaten dann erst folgen. Wir alle aber kennen die bisher übliche Zusammensetzung der preussischen Staatsregierung bzw. den Geist, von dem sie beherrscht war. Niemand, der den Dingen objektiv gegenübersteht, wird die bedauerlichen Vorzüge dieses preussischen Geistes bestreiten wollen: Ordnung, Autorität, sowie bei aller Gesetzesstrenge tatsächliche Freiheit im inneren Staatsleben. Allein vom Vertrauen des Volkes war die preussische Regierung, infolge ihrer einseitigen Zusammensetzung nie getragen. Im Gegenteil: es bestand eine bedauernde tiefe Kluft zwischen Regierung und Verwaltung auf der einen sowie dem Volke auf der andern Seite.

2. Die Reform des preussischen Wahlrechts (Gleichheit des Wahlrechts) ist eine Arbeiterfrage ersten Ranges. Das geht schon zum großen Teil aus dem bisher Gesagten klar hervor. Das jetzige Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus stammt aus dem Jahre 1849, also aus einer Zeit, in der Preußen noch ein überwiegend agrarischer Staat war. Das hat sich gewaltig geändert. Nach der Berufs- und Gewerbezahlung von 1907 lebten in Preußen nur noch 28% der Bevölkerung von der Landwirtschaft, dagegen bezogen rund 70% ihr Einkommen aus Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr. Im preussischen Abgeordnetenhaus überwiegt jedoch heute noch einseitig das agrarische Element. Das hängt mit dem Dreiklassen-Wahlrecht und mit der Wahlkreis-Einteilung zusammen. Gewiß muß die Landwirtschaft — entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung im Staate — in den Parlamenten angemessen vertreten sein, aber das gleiche gilt von den übrigen Berufsständen und — Volksschichten. Die Haltung der agrarischen konservativen Parteien und Politiker gegenüber

Der Lohnarbeiterschaft kann man ungefähr wie folgt kennzeichnen: patriarchalische Wohlhabenspflege! ja, Arbeiter-schutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterrechte: nein!

Die starke Stellung dieser politisch arbeiternfreundlichen Richtung im preussischen Landtage wurde von jeher noch weiter gestützt durch die im Herrenhaus regierende Mehrheit, die überwiegend aus ostelblichem Adel zusammengesetzt ist. Die erste Kammer in Preußen hat sich schon früher nicht selten gegen fortschrittliche Beschlüsse des Abgeordnetenhauses gestellt, Industrie, Handel, Großstädte und Arbeiterschaft haben schon immer einen scharfen Kampf um eine Art Gleichgewicht in diesem Parlament geführt — vergebens. Das Herrenhaus wird auch voraussichtlich dem gleichen Wahlrecht und einer anberaumten Zusammensetzung „seiner selbst“ die heftigste Opposition bereiten. Unter diesen Umständen bedarf es der größten Entschiedenheit der Regierung, will sie das feierlich gegebene Königswort einlösen. Diese Absicht hat sie, das ist lobend anzuerkennen.

In der „Sozialen Praxis“ befaßt sich Professor Franke mit der Zukunft der Sozialpolitik und schreibt dabei u. a.: Die Wahlreform in Preußen, die mit dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Stimmrecht die Mitarbeit des Volkes an der Gestaltung seines staatlichen und wirtschaftlichen Lebens verbürgt, wird voraussichtlich noch einen weiten, reinigen Weg bis zum Ziele zu gehen haben. Aber sie wird ans Ziel gelangen. Der vereinte Wille von Krone, Regierung und Volk ist unüberwindlich. Und wenn die Massen unmutig, ja ungebärdig werden sollten, weil ihre Geduld auf eine sehr harte Probe gestellt wird, so mögen sie sich an der Festigkeit der Regierung beruhigen, die nicht müde wird zu betonen, daß sie unerschütterlich auf der Wahlreform beharrt. Noch vor kurzem sagte der Reichskanzler zu dem Schreiber dieser Zeilen: „Ich stehe und falle mit dem gleichen Wahlrecht. Ich habe mein Wort dafür verpfändet, und in meinem langen Leben bin ich niemals von meinem Worte gewichen!“ In einem Erlaß an die Regierungspräsidenten weist der Minister des Innern auf die Erregung in der Arbeiterschaft wegen der Verschleppung der Wahlvorlage hin und erklärt: „Bei der entscheidenden kriegerischen Bedeutung, die die preussische Wahlrechtsvorlage gewonnen hat, muß ich mit Nachdruck fordern, daß die mit nachgeordneten Dienststellen die Politik der Staatsregierung unbedingt nach außen hin vertreten. Insbesondere erwarte ich von den Herren Regierungspräsidenten, daß sie, wo immer sich Gelegenheit bietet, mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Staatsregierung mit unverminderter Entschlossenheit auf der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917 beharrt, daß sie festhält an ihrer wiederholt gegebenen Erklärung, an die Einführung des gleichen Wahlrechts alle verfassungsgemäß zulässigen Mittel zu setzen.“ Solcher Worte muß man eingedenk bleiben, wenn die Beratungen ins Schwanken und Stocken kommen: Das Königswort vom 11. Juli 1917 wird zu „re. loser Einlösung“ gelangen.

So ist es recht und die breiten Volksmassen, vor allem die Arbeiter, sollen die Regierung bei ihrem Werke unterstützen.

Beim Dreiklassen-Wahlrecht, dem bisherigen Landratsgeist in der Verwaltung und auch durchweg bei dem alten Rathausgeist ist es unmöglich, praktisch die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes zu erreichen. Vorher muß eben die Grundlage der bisherigen innern Politik geändert werden. Dann erst gibt es andere Gesetze, eine andere Verwaltung und auch eine andere — Gemeindepolitik.

Ja, auch eine andere Kommunalpolitik! Zweifellos wird eine der ersten Aufgaben des auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählten Abgeordnetenhauses die sein, das Gemeinbewahlrecht in Preußen ebenfalls zu demokratisieren. Eine Aufgabe, deren Lösung ebenso drängt, wie die Landtagswahlreform.

Beim Dreiklassenwahlrecht keine Gleichberechtigung! Je mehr sich der Arbeiter in die Tatsachen vertieft, desto mehr vertritt sich diese Überzeugung. Jedenfalls müssen beim gleichen Wahlrecht auch die politischen Parteien in

ganz anderem Umfange auf die Arbeiterschaft Rücksicht nehmen — es wird nicht so oft bei schönen Worten und Versprechungen bleiben. Man wird die Arbeiter mehr mit Taten umwerben müssen.

Das gleiche gilt auch für die Presse! Wie schwer ist es uns nicht in tausend Fällen geworden, durch die Tagespresse eine gerechte Würdigung unserer Lage, eine Förderung und Vertretung unserer berechtigten, oft bescheidenen Bestrebungen zu erreichen! Das kann, soll und wird anders werden.

Gewiß haben wir als christliche Arbeiter auch für Ideale, geistige und religiöse Kulturgüter zu kämpfen. Zugegeben, daß dieser Kampf auf dem Felde des freien, gleichen Wahlrechts andere Formen annehmen und vielfach auch schwieriger werden wird. Indessen die christliche Arbeiterschaft wird diesen Kampf um so freudiger und erfolgreicher durchkämpfen, je aufrichtiger ihr die so lange vorenthaltenen Volksrechte von den maßgebenden Faktoren nun endlich gegeben werden. Diese Rechte können, wie die Dinge sich durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen gestaltet haben, einem Volke, das so lange und so schwer um seine Freiheit und Unabhängigkeit ringen mußte, unmöglich länger vorenthalten bleiben. Jeder Versuch in dieser Richtung würde sich auch in kulturpolitischer Hinsicht bitter rächen! Er würde das Vertrauen der unteren Volksschichten, vor allem der Arbeiterschaft, erschüttern! Kirche und Vaterland aber müssen im Vertrauen der breiten Volksschichten wurzeln.

So führen wir den Kampf um's gleiche Wahlrecht auch im Interesse des Christentums, wir kämpfen ihn für das Vaterland und für die Monarchie. Der König hat gerufen, mögen ihm alle, alle folgen!

## Ein Kapitel über die steigenden Holzschuhpreise.

Der Holzschuh (auch Holzschuhpantoffel genannt) ist infolge der Ledernappheit wieder zu Ehren gekommen. Allerdings, wenn man manche Damen mit Schleiter, Pelz und Muff in fein gecheuerten Holzschuhen promenieren sieht, kommt einem doch manchmal die Überzeugung, daß in solchen Fällen weniger wirkliche Not an Fußbekleidung, als vielmehr ein bisschen „Sensationsbedürfnis“ in Frage kommt. Schon in Friedenszeiten war der Holzschuh in vielen Gegenden die werktägliche Fußbekleidung der arbeitenden Bevölkerung. Jetzt im Kriege zwingt die Not die Arbeiterfamilien in weitgehendstem Maße dazu, Holzschuhe zu benutzen. — Die Preise für Holzschuhe sind von Monat zu Monat gestiegen. Ein Paar Holzschuhe für Erwachsene kosten ca. 5 M. Im Frieden konnte man für den Betrag ein Paar Arbeitsschuhe aus bestem Leder kaufen. Prüfen wir, ob die hohen Preise berechtigt sind? Ein sogen. „Festmeter“ Holz zur Herstellung von Holzschuhen kostet z. Bt. 80 M. Schreiber dieses ist in einem Bezirk tätig, wo noch viele Holzschuhmacher vorhanden sind, welche mit Handwerkszeugen die Holzschuhe in eigener Wohnung anfertigen. Aus dem „Festmeter“ Holz können, unter Einrechnung des Abfallholzes, ca. 70 Paar Holzschuhe hergestellt werden. Der Preis für das Holz stellt sich demnach für ein Paar Holzschuhe auf 1,15 M. Ein guter Holzschuhmacher fertigt im Tag mindestens 15 Paar an. Rechnen wir 1 M. an Arbeitslohn für das Paar hinzu, gibt 2,15 M. für das Paar Holzschuhe. Bei diesem Preis (der Holzschuhmacher hätte dann 15 M. Verdienst pro Tag) läme der Hersteller nicht zu kurz. Die jetzigen Preise (rechnen wir 4,50 M. Abnahmepreis) sichern aber dem Holzschuhmacher einen Verdienst von ca. 50 M. pro Tag, bezw. 300 M. die Woche!! — An diesen Angaben läßt sich auch der Verdienst der jetzt überall entstehenden Holzschuhfabriken ermessen. Die auf maschinellem Wege hergestellten Holzschuhe sind keineswegs billiger wie die mit der Hand hergestellten, wohl aber vielfach weniger gut gearbeitet. Die Fabrikanten stehen auf dem Standpunkt, daß sich das Anlagekapital (Maschinen u.) recht bald bezahlt machen müsse, denn es handele sich um eine „vorübergehende

Produktion! — Es mag richtig sein, daß die Holzschuhbetriebe, weil sie meistens mit ungeübtem Personal anfangen, im Anfange erheblich mehr Unkosten haben. Im allgemeinen mögen auch die Abnahmepreise niedriger sein und der Handel noch wesentlich an den Holzschuhen verdienen. — Jedenfalls ist es aber nicht gerechtfertigt, daß die Fußbekleidung der ärmeren Bevölkerung so verteuert wird. Die Holzpreise steigen, und die Preise für Holzschuhe noch mehr. Schon viel zu lange sehen die Behörden hier untätig zu und lassen den Dingen ihren Lauf. Es ist endlich an der Zeit, daß sowohl die Preise für Holz wie auch für Holzschuhe behördlich festgesetzt werden. Dabei darf es dann aber nicht so gehen, daß die bereits bestehenden übermäßigen Preise behördlicherseits zu Höchstpreisen bestimmt, sondern auf einen angemessenen Stand zurückgeführt werden.

## Allgemeine Rundschau.

### Franz Wieber.

Der verdiente Zentralvorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes konnte am 24. März seinen 60. Geburtstag feiern. Den vielen Glück- und Segenswünschen, die ihm aus diesem Anlaß dargebracht wurden, können wir uns nur von Herzen anschließen. Ist Wieber doch einer der verdientesten und energischsten Vorkämpfer der Arbeiterrechte. Wo das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft in Frage kommt, da kennt er kein Säubern und Wanken. Durch und dennoch ist dann trotz und gerade der Widerstände wegen, seine Parole.

Wieber ist einer der leuchtendsten Vorbilder für Alle, die in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vereint sind. Tief und echt steckt ihm das Christentum im Blute, bildet den Urquell all seiner Handlungen. Groß und stark pulsiert in ihm die Liebe zum Vaterlande, zur deutschen Nation, ihn immer wieder anspornend, die tiefen Schatten, die die Misere der unteren Stände auf das glänzende Entwicklungsbild unseres Vaterlandes warf und wirft, durch praktische Gewerkschaftsarbeit zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Der rechte Mann am rechten Platz. Seine Metallarbeiter und alle die mit ihm in Berührung kamen bei seiner unermüdbaren Tätigkeit wissen es. Aus tiefstem Herzen und voller Seele kommen daher die Glückwünsche zu seinem Ehrentag. Orden und Ehrenzeichen kann die christliche Arbeiterschaft solchen Männern ja nicht verleihen. Franz Wieber, der Proletarier vom Scheitel bis zur Sohle, würde ihrer auch wenig achten. Das, was wir ihm alle darbringen wollen, sei das Gelübnis, auch fürderhin ihm nachzuahmen in treuer Pflichterfüllung als Mensch und Arbeiter, als deutscher christlicher Gewerkschaftler. Mit unsern christlichen Metallarbeitern bitten wir Gott, daß es uns vergönnt sei, noch viele, viele Jahre emporzublicken zu dem leuchtenden Beispiel, daß uns gerade Franz Wieber in dieser Beziehung gibt.

### Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat in Bezug auf die gemäß § 11 des Hilfsdienstgesetzes errichteten Arbeiterausschüsse unter dem 31. 12. 1917 neue Ausführungsbestimmungen erlassen. Aus diesen Bestimmungen besonders hervorzuheben ist, daß jeder Ausschuß einen Obmann, einen stellvertretenden Obmann und einen Schriftführer zu wählen hat. Der Obmann hat den Verkehr mit dem Betriebsunternehmer zu vermitteln, desgleichen den Verkehr mit dem Schlichtungsausschuß. Von Bedeutung ist ferner, daß dem Ausschuß das Recht zusteht, einzelne Beratungsgegenstände in Abwesenheit des Arbeitgebers zu besprechen. Auch darf der Arbeitgeber den Arbeiterausschußmitgliedern für Zeitversäumnis, welche in Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, durch die Zugehörigkeit zum Ausschuß entsteht, keine Lohnabzüge machen.

Unsere Mitglieder tun gut daran, der Arbeiterausschußfrage ein besonderes Augenmerk zu widmen. Bei den Verhältnissen in unserer Textilindustrie, wo z. Bt. viele Jugendliche und Weibliche beschäftigt sind und zudem die Beschäftigungs-

verhältnisse einem großen Wechsel unterworfen sind, ist ein guter Arbeiterausschuß von erheblicher Bedeutung.

### Ein Sekretärkursus

findet in der Zeit vom 26. bis 29. Mai in Bethel bei Bielefeld statt. Bereits am Sonntag, den 26. Mai, soll im Anschluß an einen Ausflug zur Habichtshöhe im Teutoburgerwald in der nächsten Nähe Bielefelds eine Generalversammlung des Verbandes evangelischer Sekretäre tagen. Am Montag abend ist dann die Generalversammlung der Evangelisch-sozialen Schule.

Die drei Tage des eigentlichen Kurses beginnen je mit einer Morgenandacht. Daran schließen sich die Vorträge. Die Fragen des Wirtschaftslebens und der Weltanschauung drängen. Dort vor allem der Kampf um den Boden, die Erzeugung, den Verbrauch in Uebergangs- und Friedenszeit. Hier der Streit um neuheidnische, jüdische, christliche Lebensziele. Dazu die vorwärtsdrängende Frauenbewegung und die wachsende Bedeutung der Arbeiterin. Endlich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Nation und Stand, insbesondere Arbeiterstand. Daher folgende Thematika: 1. Heidnische Lebensauffassung, 2. Jüdische Lebensauffassung, 3. Christliche Lebensauffassung, 4. Bodenfrage, 5. Erzeugungsfrage, 6. Verbrauchsfrage, 7. Arbeiterinnen- und Frauenbewegung, 8. Nation und Stand.

Anfragen und Anmeldungen der Sekretäre und Sekretärinnen sind zu richten an den Geschäftsführer der Evang.-sozialen Schule, Sekretär Hartwig, Bielefeld, Gütersloherstraße 46.

## Aus unserer Industrie.

### Koalition der sächsischen Textilindustriellen.

Der in Chemnitz neugegründete Verband der Textilindustriellen Sachsens, ein Zusammenschluß sämtlicher in Sachsen bestehenden Textilindustriellen-Fachverbände, sowie der Verband der sächsisch-thüringischen Webereten und der Verband der erzgebirgischen Metallwarenfabrikanten in Bernsbach haben sich dem Verbands sächsischer Industrieller als korporative Mitglieder angeschlossen.

### Ein Triumph deutschen Erfindungsgeistes.

Bei der Einbringung der neuen Kreditvorlage im Reichstage hat der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Graf v. Roeder, seiner besonderen Genugtung darüber Ausdruck gegeben, daß deutschem Erfindungsgeist eine Erfindung von außerordentlicher Tragweite wiederum geglückt sei, die bewirke, die deutsche Textilindustrie beim Bezug ihrer Rohstoffe, insbesondere von Baumwolle und Jute, vom Auslande unabhängig zu machen.

In den bereits eingeweihten Kreisen der Industrie nimmt man wohl mit Recht an, daß der Herr Staatssekretär bei seinen Ausführungen in erster Linie das Verfahren des Herrn Gustav Türk in Rohr von Zellstoffgarn „Zellulon“ im Auge gehabt hat, welches auf Grundlage von Patenten durch die Türk-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg verwertet wird.

Das Rohprodukt dieser Garne ist, wie beim Papier, die Zellulose, die bekanntlich in großem Umfange in Deutschland selbst hergestellt oder aus dem verbündeten und neutralen Auslande in ausreichendem Maße eingeführt werden kann.

Während aber das Papiergarn dadurch gewonnen wird, daß man zunächst Papier erzeugt, dieses dann in Streifen schneidet und dann verspinnst, wird das „Zellulon“ dadurch erzeugt, daß die Zellulose durch das Nassspinnverfahren unter Vermeidung des Umweges über das Papier direkt zu Garne versponnen wird. Es handelt sich also im Gegensatz zum Papiergarn nicht um die Herstellung eines gedrehten Streifens, sondern um die direkte Verspinnung der Holzfaser in analoger Weise, wie es im Spinnprozeß mit der Baumwolle und anderen Textilien geschieht.

Dadurch wird nicht nur eine viel größere Wirtschaftlichkeit des Betriebes gewährleistet, sondern das erzeugte Ge-spinnst, was Haltbarkeit, Gleichmäßigkeit des Fadens und namentlich auch Widerstandsfähigkeit in der Wäsche anlangt, ist den anderen Textilfasergespinnsten als ebenbürtig zur Seite zu stellen.

Bereits eine beträchtliche Zahl erster Großindustrie-unternehmungen der Zellulose-, Papier- und Textilindustrie haben Lizenzen für die Erfindung übernommen, und dem-gemäß sind zurzeit bereits verschiedene Großanlagen zum Teil im Betrieb, zum Teil im Bau, zum anderen Teil noch in der Vorbereitung. Die bisherigen Lizenznehmer haben sich mit den Inhabern der Patente, der Türl-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg, zu der Zellulose-Gesellschaft m. b. H. Berlin zu-sammengeschlossen, um hierdurch eine Studien-Gesellschaft, so-wie einen Mittelpunkt für alle gemeinsamen Interessen der Zelluloseindustrie zu schaffen. Die Geschäftsführung beider Gesellschaften liegt in Händen des Herrn Ernst Schiller-Hamburg.

Auch in dem besetzten russischen Gebiet ist auf Veran-laffung des Oberbefehlshabers Ober-Ost von Seiten einer ersten deutschen Firma eine Groß-Anlage im Bau. — Die Heeresverwaltung sowohl wie alle beteiligten Reichsstellen bringen der Entwicklung der Erfindung das größte Interesse entgegen.

Die Produktion der Zellulosegarne dürfte freilich auf ab-sehbare Zeit hinaus ausschließlich für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung beansprucht werden, so daß man mit einem Erscheinen der Zellulosegarne auf dem offenen Markte vor-läufig noch nicht rechnen können.

Da das Zellulose nach den bisher gemachten Erfahrungen als ein durchaus vollwertiger Ersatz für Baumwolle, Hanf, Jute und Seinen angesehen werden kann und damit der Holz-zellstoff eine neue ungeahnte Bedeutung für die deutsche Woll-wirtschaft als Textilrohstoff erlangt hat, ist die Tragweite der Erfindung eine geradezu unermessliche.

## Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Sau-Oberrhein.

Eine sehr eindrucksvolle Konferenz fand am Sonntag, den 24. März, in Radolfzell statt für die Ortsgruppen des Hegau- und Bodenseegebietes. Die Ortsgruppen waren alle vertreten und die Zahl der Teilnehmer war außerordentlich stark.

Kollege Kiefer-Cädingen gab zum ersten Punkt der Tages-ordnung einen eingehenden Geschäfts- und Tätigkeitsbericht. Die Diskussion war reg und ermunternd. Der zweite Punkt der Tagesordnung war die Neuregelung der Erwerbslosen-unterstützung. Einstimmig wurde da beschlossen, an die Be-hörde den Antrag zu stellen, eine Erhöhung der Unterstützungs-sätze zu beschließen und wurde Kollege Kiefer beauftragt, sich diesbezüglich mit den fraglichen Instanzen in Verbindung zu setzen.

Zum Schluß gab Kollege Kiefer noch Aufschluß über die Zeichnung von Kriegsanleihe und empfahl den Abschluß von Kriegsanleiheversicherungen, wie sie durch Rundschreiben unseres Verbandes den einzelnen Ortsgruppen bekanntgegeben worden sind.

Alles in allem kann gesagt werden, im Hegau- und Bodenseegebiet haben wir ein gutes Stück Arbeit geleistet, die Arbeiterschaft beginnt einzusehen, daß sie ohne Organisation nicht durchkommt. Der Geist, der die Konferenz beherrschte war, wir müssen mannschaftsam weiter arbeiten um auch den letzten Arbeiter und die letzte Arbeiterin zu erfassen.

## Das Eisene Kreuz

erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:

Wilhelm Königes aus Schiefbahn;  
Johann Beder aus Schiefbahn;  
Heinrich Cornen aus Schiefbahn;

Johann Beder aus Schiefbahn erhielt das Eisene Kreuz I. Klasse;

Christian Donner aus Wiersen.

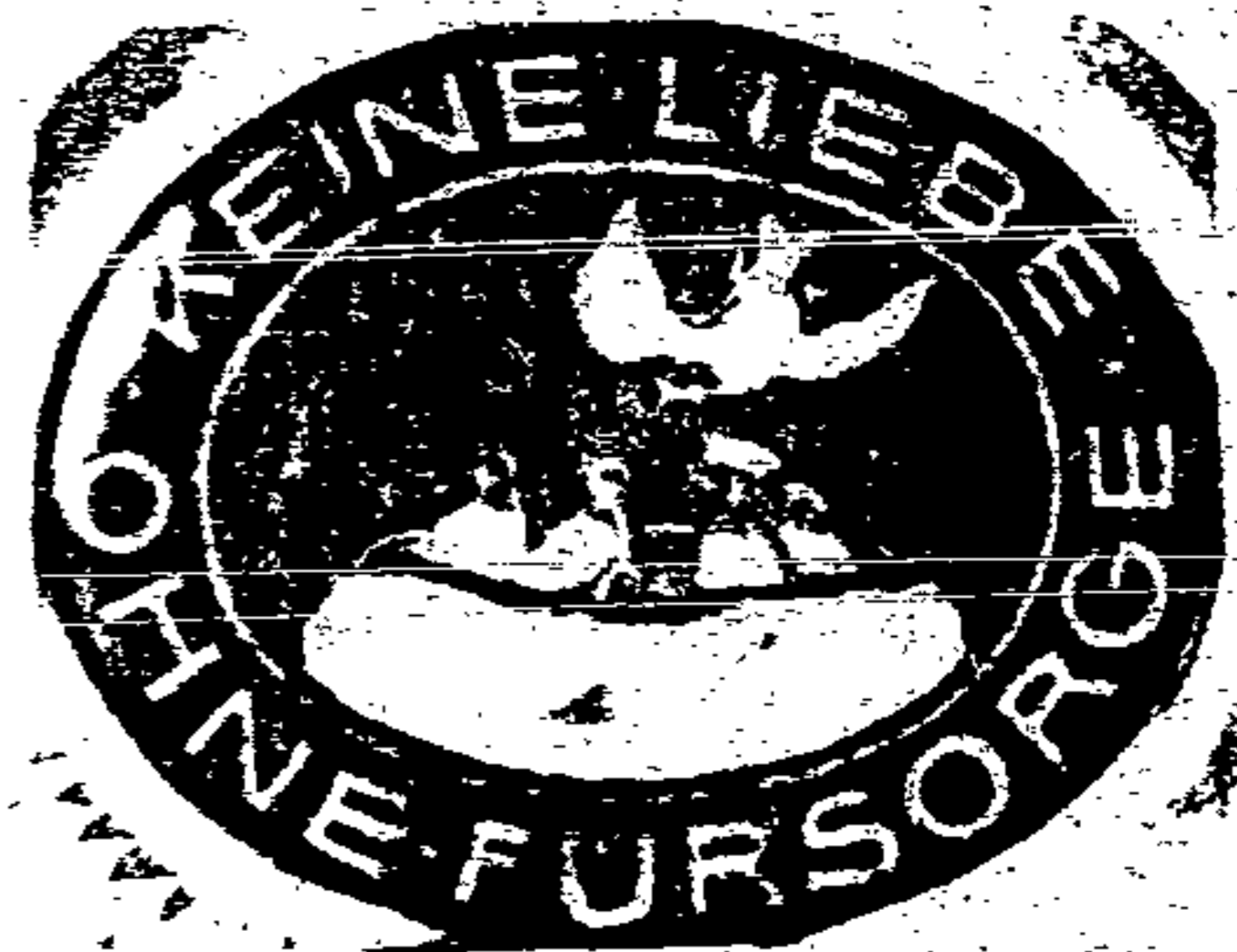
Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.

## Veranstaltungskalender.

Sapen. 14. April, 10 Uhr, im Solale Martin Berg, Neustraße, Generalversammlung.

## Zuverlässige gewandte Frauen

Können sich durch Betätigung für unsere Fürsorgeeinrichtung gute Nebenverdienstmöglichkeiten eröffnen; evtl. feste Anstellung. Meldungen erbeten an die Generalrechnungsstelle in Köln, Venloerwall 9.



Die Brücke zu Frieden  
und Wohlstand,  
Der beste Schutz für Dich  
und die Deinen  
ist unsere

## Kriegsanleihe- Versicherung

Man wendet sich sogleich an den Vorstand  
oder an die

Generalrechnungsstelle  
in

Köln a. Rh., Venloerwall 9.

## Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Eine Kriegstagung. — Für's gleiche Wahlrecht in Preußen! — Ein Kapitel über die steigenden Holzschuhpreise. — Allgemeine Rundschau: Franz Weber. — Arbeiter- und Angestelltenvereine. — Ein Sekretärkursus. — Aus unserer Zukunft: Koalition der rheinischen Textilindustriellen. — Ein Triumph deutschen Erfindungsgeistes. — Aus dem Verbandsgebiete: Aus unseren Bezirken: Sau-Oberrhein. — Das Eisene Kreuz. — Veranstaltungskalender. — Anzeigen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. C. M. Schiffer,  
Sattlerstraße 7.